Deutscher Werkmeister-Verband
Sitz Düsseldorf

Gewerkschaftsaufgaben und Parteipolitische Neutralität

Gewerkschafts-Aufgaben und parteipolitische Neutralität

Vortrag

des Bezirksvertreters August Springer-Nürnberg

Gehalten auf dem Gruppentag der Gruppe II in Landshut 1925

II 4461

Vorwort

Die Bezirks-Konferenz in Augsburg hat auf Anregung des Gruppentages der Gruppe II in Landshut beschlossen, den Vortrag des Kollegen Springer über Gewerkschaftsaufgaben und parteipolitische Neutralität als Broschüre herauszugeben.

Wenn nun der Zweck, der damit verfolgt wird, erreicht werden soll, so ist es notwendig, daß die Vereinsvorsitzenden, denen die Schrift kostenlos zugeleitet wird, diese auch an alle Mitglieder des Verbandes zur Verteilung bringen.

Die heute von gegnerischen Organisationen gegen uns gerichteten Angriffe sind in diesem Vortrag trefflich zurückgewiesen. Er wird jeden Kollegen von der einwandfreien und richtigen Haltung unseres Verbandes, zu der Frage der parteipolitischen und religiösen Neutralität überzeugen, deshalb soll diese kleine Schrift nicht nur einmal, sondern öfter gelesen werden, um diese grundsätzliche Frage so zu beherrschen, daß jeder einzelne Kollege in der Lage ist, Angriffen in dieser Richtung entgegentreten zu können.

Fink.

ZENTRALBIBLIOTHEK DER GEWERKSCHAFTEN
FDGB

Sehr oft wird heute in Arbeiter- und Angestelltenkreisen noch die Frage aufgeworfen, welchen Zweck hat denn eigentlich die Organisation usw. Alle, die so fragen, haben leider noch nicht begriffen, daß der Zweck aller Organisationen, gleich, welche Tendenzen sie verfolgen, der der Selbsthilfe ist. Dieser Zusammenschluß allerdings bedeutet ein Abweichen vom rein persönlichen Prinzip, das die Vereinigung einzelner, zwecks gemeinsamer Interessenwahrnehmung verwirft.

Noch in den 60iger und Anfang der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts lehnten vor allem die Angestellten den Appell an einen Dritten, hauptsächlich auch an den Staat, ab, nicht nur deshalb, weil sie einen solchen Appell für überflüssig, sondern weil sie ihn sogar für schädlich hielten. Sie ordneten sich ohne weiteres der damaligen Wirtschaftsform unter. Erst als man allmählich einsah, warum sich das Unternehmertum zu immer größeren Verbänden zusammenschloß; als man erkannte, daß dieses geschah, um den Forderungen der Arbeitnehmer einen Damm entgegenzustellen, um den Drang derselben nach einer Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage von vorneherein im Keime ersticken zu können, um ferner den Arbeitnehmern jedes Mitwirkungsrecht im Produktionsprozeß illusorisch zu machen, und um jeden einzelnen Arbeitnehmer leichter ausbeuten und nach Verbrauch seiner Arbeitskraft leichter beiseite werfen zu können, erst dann besannen sich die Angestellten darauf, daß auch sie sich mit ihren Leidensgefährten auf dem Boden der Selbsthilfe zusammenschließen müssen zur Abwehr der Unternehmerwillkür und zur Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage.

Lange zuvor aber begegnen wir dieser Selbsthilfe schon bei den Sklaven im alten Rom, vor allem aber bei den

Handwerksgesellen in den Zünften und Innungen des Mittelalters. Schon dort suchte man sich eine gewisse Unabhängigkeit und Selbständigkeit gegenüber den damals herrschenden patriarchalischen Zuständen zu sichern und die Chronik weist nach, daß man es in jener Zeit sehr wohl verstand, durch Anwendung der heute noch gebräuchlichen gewerkschaftlichen Machtmitteln, Streik, Boykott usw. hartnäckige Meister zum Nachgeben zu zwingen. Allerdings waren derartige Kämpfe zu der Zeit leichter durchzuführen als heute, weil die Nachfrage und das Angebot von Arbeitskräften sich die Wage hielten und infolgedessen die Arbeitgeber sich nicht auf die große Reserve Arbeitsloser stützen konnte, wie dies heute der Fall ist.

Konnte noch im Jahre 1913 der ermordete Rathenau feststellen, daß sich das Weltkapital in den Händen von ungefähr 300 Menschen befindet, so wissen wir heute, daß es deren nur noch einige 20 sind, die infolge ihrer wirtschaftlichen Uebermacht die Schicksale der arbeitenden Klassen aller Völker bestimmen bzw. beeinflussen. Daraus aber ergibt sich für uns die Lehre, daß unsere Gewerkschaftsbewegung nicht mehr lokal geführt werden kann, sondern daß sie zentral und darüber hinaus international geführt werden muß. Die Fachvereine, die zurzeit ihrer Gründung vollständig ausreichten, um die lokalen Interessen ihrer Mitglieder wahrzunehmen, mußten sich infolge des Zusammenschlusses ganzer Industrien ebenfalls zu größeren Verbänden enger zusammenschließen; daraus entstanden die Berufsverbände der Metallarbeiter, Holzarbeiter, Bauarbeiter, Textilarbeiter u.s.f., die heute schon in großen Spitzenorganisationen der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen vereinigt sind, deren Endaufgabe aber der Ausbau großer internationaler Gewerkschaften zur Bekämpfung der Auswüchse des internationalen Kapitalismus sein muß.

Wenn von verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen gesprochen wird, so ist zu betonen, daß wir zurzeit deren vier Hauptrichtungen in der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu verzeichnen haben. Es sind dies die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine, die christlich-nationalen Gewerkschaften, die sogenannten wirtschaftsfriedlichen

und die freien Gewerkschaften. Die Hirsch-Dunkerschen Gewerkvereine, die von den früheren Fortschrittlern und späteren Freisinnigen Hirsch und Dunker gegründet wurden, waren in ihren Anfängen überwiegend Unterstützungsvereine. Hauptsächlich in der Vorkriegszeit waren sie fest von der Interessengemeinschaft zwischen Kapital und Arbeit überzeugt und sie sahen schon eine Störung dieser Harmonie nicht nur in den Arbeitskämpfen, sondern auch in dem Versuch des Staates bzw. der gesetzgebenden Körperschaften, das Arbeitsverhältnis etwa durch die Sozialgesetzgebung in irgend einer Form zu beeinflussen. Trotzdem man frühzeitig belehrt wurde, wie das Unternehmertum über diesen Punkt denkt, wollen die Gewerkvereine heute noch nicht die Ursachen der Klassengegensätze anerkennen, sie wollen heute noch nichts von dem ihnen aufgezwungenen Klassenkampf wissen und wollen nichts von der Ablösung der heutigen privatkapitalistischen Wirtschaftsform, durch die der Gemeinwirtschaft hören. Sie glauben heute noch mit Hilfe einer starken Organisation es zu erreichen, daß das Unternehmertum mit ihnen als gleichberechtigter Faktor verhandelt und daß sie mit Hilfe eines von dritter Seite nicht beeinflußten Privatvertrages eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage herbeiführen können.

Die christlich-nationalen Verbände, die mehr oder weniger unter dem Einfluß des früheren preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald und der katholischen Geistlichkeit stehen, lehnen ebenfalls den Klassenkampf ab, aber nicht etwa deshalb, weil sie die Klassengegensätze nicht erkannt haben, sondern weil sie ein ganz besonderes Interesse, hauptsächlich aus politischen Gründen haben, diese Tatsache möglichst zu verschleiern. Sie glauben auf einer nationalen Grundlage, die häufig in nationalistischen Unfug ausartet, eine Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Lage ihrer Mitglieder herbeiführen zu können.

Die früheren gelben, die sogenannten wirtschaftsfriedlichen Verbände, deren Führer der deutschnationale Abgeordnete Geisler ist, feiern zurzeit mit Hilfe der Unternehmergelder ebenfalls ihre Wiederauferstehung, nachdem sie bei Ausbruch der Revolution, als den Unternehmern

vonseiten der Gewerkschaften aller Richtungen empfohlen wurde, sie ihrem Schicksal zu überlassen, in der Versenkung verschwunden. Daß diese Sorte Gewerkschaft überhaupt kein Programm besitzt, daß sie die Klassengegensätze nicht anerkennen, daß dort jeder einzelne seinen persönlichen Egoismus zu befriedigen sucht und nur nach der Pfeife seines Unternehmers tanzt, das haben wir Meister in den letzten Jahren vor dem Krieg zur Genüge beobachtet. Heute fühlen sich diese Herrschaften dazu berufen, die den Arbeitgebern verhaßten Arbeitsgemeinschaften, durch die die Lohn-, Arbeitszeit-, Urlaubsverhältnisse usw. tariflich festgelegt sind, mit beseitigen zu helfen. An ihrer Stelle wollen sie die sogenannten Werksgemeinschaften bilden, durch die der Arbeitgeber unbeeinflußt durch die Gewerkschaften und ihrer Führer den Arbeitnehmern seinen Willen aufzwingen kann.

Als vierte und größte Gewerkschaftsrichtung sind die freien Gewerkschaften anzusprechen. Freie Gewerkschaften deshalb, weil sie frei sind von parteipolitischen und religiösen, frei sind vor allem aber von kapitalistischen Einflüssen. In ihnen schließen sich alle Arbeitnehmer zusammen, die erkannt haben, daß unsere ganze wirtschaftliche Not ihren Ursprung in der heutigen privatkapitalistischen Wirtschaftsform hat, in der das Profitinteresse einzelner vor das Wohl des Volksganzen gestellt wird und die deshalb auf gesetzlichem Wege eine Umbildung dieser Wirtschaftsform in eine dem Volksganzen dienende Gemeinwirtschaft erstreben. Eine der Hauptforderung der freien Gewerkschaften ist die rückhaltlose Anerkennung des Vorrechtes des arbeitenden Menschen vor dem des toten Besitzes und die Beseitigung des arbeitslosen Renteneinkommens zugunsten des Volksganzen. Sie verlangen ferner ein volles Mitbestimmungsrecht in allen Fragen des Arbeitsverhältnisses, die Kontrolle über die Betriebsvorgänge, sowie die Kontrolle der Warenerzeugung und Verteilung.

Neben einer gerechten und ausreichenden Bezahlung fordern sie die Regelung der Arbeitszeit, der Arbeitsverhältnisse, des Urlaubs usw. durch Tarifverträge. Die Forderung einer ausreichenden sozialen Fürsorge für Be-

dürftige, Erwerbsunfähige und Erwerbsbeschränkte und vor allem für die ohne eigenes Verschulden brotlos gewordenen als eine Selbstverständlichkeit.

Die Art unserer Forderungen und die Form in der wir sie vertreten, nehmen unsere Gegner immer zum Anlaß, uns mit der sozialistischen Partei in Verbindung zu bringen. Wir hingegen sind uns klar, daß unsere sozialen und wirtschaftlichen Forderungen nur mit Hilfe der politischen Parteien und des Staates durchgedrückt werden können und hiezu ist uns jede Partei recht, die uns in diesem unseren Vorgehen unterstützt. Dadurch, und daß die meisten bürgerlichen Gewerkschaften ihren Mitgliedern lehren, daß ihnen der Staat nichts sein könne, daß sie sich nur auf sich selbst verlassen dürfen, erziehen sie dieselben nicht zur politischen Neutralität, sondern zum politischen Indifferentismus. Anders stellen sich die freien Gewerkschaften ein; auch sie wollen nicht auf das Recht der Selbsthilfe verzichten, aber sie glauben nicht an eine Harmonie zwischen Kapital und Arbeit, ebensowenig wie sie unter den heutigen Verhältnissen an einen nur vorübergehenden Interessenausgleich glauben.

Einer der prominentesten Führer in der deutschen Arbeiterbewegung, Ferdinand Lasalle, hat sich vom Eingreifen des Staates schon sehr viel versprochen, die Form allerdings mußte von seinen Nachfolgern infolge der Entwicklung Deutschlands vom Agrar- zum Industriestaat wesentlich ausgebaut werden und sie sehen deshalb die Gewinnung der politischen Macht durch die Arbeitnehmer als unbedingte Notwendigkeit an. Deshalb nun behaupten zu wollen, die freien Gewerkschaften seien sozialistisch, wäre falsch, denn nicht sie verfechten die Parteiziele der Sozialdemokratie, sondern diese Partei hat die Forderungen der Gewerkschaften in ihr Programm aufgenommen und sie ist infolge ihrer Zusammensetzung und der von ihr erstrebten Ziele am ersten in der Lage, die Forderungen der Gewerkschaften in den Parlamenten zu vertreten, welche Möglichkeiten den Organisationen von vornherein schon genommen sind, weil sie eben nicht Mitglieder der gesetzgebenden Körperschaften sind, noch sein können. Sie haben heute wohl einen

gewissen Einfluß im Reichswirtschaftsrat und sonstigen Arbeitsgemeinschaften, der aber lange nicht so groß ist, daß er zur Durchführung der gewerkschaftlichen Forderungen ausreicht. Wir wissen, daß es heute keine wirtschaftlichen Fragen, die von den Gewerkschaften zu lösen sind, mehr gibt, die frei sind von Politik. Wir wissen aber auch, daß bei allen politischen Fragen die wirtschaftlichen Belange nur mit Hilfe der Gewerkschaften erledigt werden können. Deshalb müssen wir uns mehr denn je mit der allgemeinen, ich betone aber ausdrücklich, nicht mit Parteipolitik befassen. Wir dürfen vor der Politik keine Furcht zeigen wie die bürgerlichen Verbände, denn in demselben Moment, wo wir mit Forderungen in bezug auf die Sozial-, Wirtschafts-, Steuer-, Wohnungspolitik usw., mit denen wir uns als Gewerkschaftler befassen müssen, an den Staat und an die Parlamente herantreten, treiben wir ebensogut Politik, als wenn das Unternehmertum Sturm läuft gegen den Achtstundentag, wenn es sich für Beseitigung des Betriebsrätegesetzes einsetzt oder auf die Verschlechterung der Sozialgesetzgebung hinarbeitet, ohne daß man hier von einer parteipolitischen Betätigung sprechen kann. Wenn sich allerdings einzelne kaufmännische Verbände damit befassen, Hindenburg-, Schlageterfeiern usw. zu veranstalten oder ihren nationalen Charakter allzusehr betonen, so hören dieselben auf parteipolitisch neutral zu sein und verletzen dadurch die Grundbedingung der Angestelltenbewegung.

Es wird aber auch Momente geben, wo diese Neutralität nicht immer gehalten werden kann. Ich erinnere an den Aufruf des ADGB und der AFA aus Anlaß der Ermordung Rathenaus. Ich erinnere an die Teilnahme der Gewerkschaften zur Abwehr des Kapp-Putsches, an ihre Stellungnahme zum Dawes-Gutachten u. s. f. Hier haben sie ganz richtig erkannt, daß wenn ihre wirtschaftlichen und politischen Gegner wieder die Macht in ihre Hände bekommen, die wenigen Errungenschaften der Revolution verloren gehen. Darum darf die parteipolitische Neutralität nicht so ausgelegt werden, daß man darauf verzichtet, sich gegen die politischen Parteien zu wenden, die bewußt oder unbewußt die Interessen der Arbeit-

nehmer schädigen, indem sie Gesetzen zustimmen, die die wirtschaftliche und soziale Lage derselben verschlechtern. Um nun die parteipolitische Neutralität nicht zum Schlagwort zu machen, kümmern wir uns im DWV nicht um die persönliche politische Einstellung unserer einzelnen Mitglieder, ebenso wenig wie wir uns mit der religiösen Betätigung derselben befassen. Dadurch vermeiden wir es, daß sich unsere Gewerkschaft mit irgend einer politischen Partei identifiziert. Dabei verlangen wir aber von allen unseren Mitgliedern, daß sie sich aktiv bei der politischen Partei betätigen, der sie nach ihrer innersten Ueberzeugung zuneigen und dort die gewerkschaftlichen Forderungen ihres Verbandes mit Nachdruck vertreten. Wir unsererseits aber sind bestrebt, das Verständnis für die Zusammenhänge in allen wirtschaftlichen Fragen zu erwecken und wir werden feststellen können, daß wir dadurch neben überzeugten Politikern, auch tüchtige Gewerkschaftler erziehen und daß die Parteiarbeit die Gewerkschaftsarbeit auch wirklich ergänzt. Die Grenzen dieser Tätigkeit allerdings zu bestimmen, wird außerordentlich schwer sein, wenn man bedenkt, daß man einer Gewerkschaft soziale Aufgaben zuweist, unter denen man heute nicht nur die Arbeitnehmerschutzgesetzgebung versteht, sondern alle die Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, die Interessen der Arbeitnehmer vor dem ausbeutenden Kapitalismus zu schützen und auszubauen und auch das Recht des Menschen vor dem des toten Besitzes zu sichern. Deshalb gehört nicht nur die unmittelbare Beeinflussung des Arbeitsverhältnisses, sondern tausend andere Dinge in das Gebiet des Sozialen.

Das haben die freien Arbeiter- und Angestelltenorganisationen auch ganz richtig erkannt, daher ihr Ruf nach der Gemeinwirtschaft. Sie bestreiten den einzelnen das Recht am Besitz der Naturschätzen und der Produktionsmittel und sie wollen nichts weiter, als die Konsumtion und die Produktion mit einander in Einklang bringen; sie befassen sich ferner nicht nur mit dem Koalitionsrecht, sondern sie ziehen auch die Zoll- und Steuerpolitik, das Wohnungsproblem, das Bildungswesen usw. in den Bereich ihrer Tätigkeit und nehmen hiezu grundsätzlich Stel-

lung. Ein Beweis, daß zu keinem Zweig der Politik den Organisationen der Zugang prinzipiell versperrt ist. Es wird allerdings immer von der Gewerkschaft abhängen, wie weit sie im einzelnen Fall zu gehen beabsichtigt; immer aber hängt es von der allgemein herrschenden Volksstimmung, von der Stärke der Bewegung ab, mit der der einzelne Gegenstand in den Vordergrund der Interessen gestellt wird, von dem Verhalten des Staates und der Parlamente, ob und in welchem Umfang sie die Dinge anfaßt. Eines aber steht fest, nämlich, daß sich die Gewerkschaften immer eine gewisse Zurückhaltung auferlegen müssen, um nicht die Parteibekenntnisse ihrer Mitglieder zu verletzen. Es fehlt ihnen aber auch die Kraft, sich mit dem nötigen Nachdruck hinter all die Forderungen zu stellen, die sie an die Arbeitgeber, an den Staat usw. zu richten haben. Es ist begreiflich, daß diese Zurückhaltung nachteilige Wirkungen auslösen muß, die eben nur durch die regste Beteiligung aller am politischen Leben ausgeglichen werden kann, und zwar so, daß jeder sich mit Gesamtpolitik befaßt und Einfluß zu gewinnen sucht.

Bedauerlicher Weise glauben viele, auch in unseren Kreisen, ihre Pflicht getan zu haben, wenn sie ihre Beiträge zahlen, wenn sie alle Jahre einmal eine Versammlung besuchen und mit Nachdruck, auch die vernünftigsten Handlungen ihrer Führer, kritisieren. Es ist außerordentlich zu bedauern, daß gerade zu einer Zeit, wie der jetzigen, wo die politischen Wogen so hoch gehen, wo unsere wirtschaftlichen Gegner mit Hochdruck versuchen, die politische Macht an sich zu reißen, ein großer Teil der Arbeitnehmer keine politische Zeitungen liest, oder sie abbestellt, weil sie einige Pfennige teurer wird, und dafür die sogenannte parteilose Presse ins Haus nimmt, die in den weitaus meisten Fällen die Interessen der wirtschaftlichen und politischen Gegner des arbeitenden Volkes vertritt. Es hängt dies vielfach mit der einstigen Betonung der Selbsthilfe, mit der falschen Auslegung des Begriffes politischer Neutralität und vor allem mit dem Mangel an politischen Temperament, das den Deutschen so unangenehm auszeichnet, zusammen. Deshalb muß

die Politisierung der Gewerkschaftsmitglieder eine Hauptaufgabe sein. Dabei darf aber nicht gerade die Stellung einer Partei zum Eintritt in dieselbe Anlaß geben, wenn sie gerade einmal einem Gesetz zustimmt, das die Arbeitnehmer lebhaft interessiert. Daraus den Schluß zu ziehen, daß auch die sonstige Einstellung dieser Partei die richtige für die Arbeitnehmer sei, wäre verkehrt, denn das schaffende Volk kann nur zu den Parteien Vertrauen haben, die nicht nur begriffen haben, sondern die auch darnach handeln, daß die höchste körperliche Gesundheit und vor allem die persönliche Freiheit der Arbeitnehmer die Kulturhöhe einer Nation bilden und die dieselben nicht nur als Objekt einer gelegentlichen Fürsorge z. B. bei Neuwahlen betrachten, sondern die politischen und wirtschaftlichen Personeneigenschaften in jeder Weise respektieren. Das allein bedeutet die Ergänzung der Gewerkschaftsarbeit, denn die politische Betätigung des einzelnen, die den ganzen Menschen ausfüllen muß, läßt nicht die gewerkschaftliche Arbeit, noch den Sinn für kulturelle Werte darunter leiden.

Gerade deshalb aber, weil wir uns als Gewerkschaftler mit der allgemeinen Politik befassen, werfen uns unsere Gegner immer Verletzung der parteipolitischen Neutralität vor. Hauptsächlich die Herrschaften vom Deutschen Werkmeister-Bund, Essen, und Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verband sind es, die, obwohl sie wissen, daß es in § 4 unserer Satzungen heißt, religiöse und parteipolitische Bestrebungen sind von der Tätigkeit des Verbandes ausgeschlossen, immer wieder ihre Lügen in die Welt setzen und denen bedauerlicher Weise ein Teil unserer Kollegen mehr glaubt als ihren beruflich oder ehrenamtlich tätigen Verbandsfunktionären. Der DWV lehnt es ab, sich von irgendeiner politischen Partei ins Schlepptau nehmen zu lassen, oder ihr Vorspannditnste zu leisten. Aber das was wir tun und was man uns immer zum Vorwurf macht, verlangt das Zentralblatt der Christlichen Gewerkschaften unter der Überschrift: „Dürfen wir uns politisch betätigen?“

Am 13. 4. 25 schreibt es u. a. folgendes: „Genau so liegen für den Gewerkschaftler die Dinge auf

dem politischen Gebiet. Das war schon vor dem Kriege nicht anders. Rein wirtschaftliche und soziale Fragen werden politisch gesehen. Wollen die Gewerkschaften auf die Gestaltung der sozialen Gesetzgebung, auf die Steuerpolitik, auf die Wirtschafts- und Handelspolitik usw. Einfluß nehmen, dann müssen sie in der Politik mitreden können; das aber vermögen sie nur durch die Parteien." Das Blatt schreibt weiter: „Wir sollten uns auch nicht so schnell zum Sittenrichter dieser oder jener Partei aufspielen und unseren Gewerkschaftskollegen nicht den Vorwurf machen, daß sie in der Partei ihre sonst zur Schau getragenen Grundsätze verleugnen. Das geht wirklich nicht an. Hier etwas duldsamer zu werden, liegt wirklich im Interesse unserer Bewegung. Die Frage also, ob wir uns parteipolitisch betätigen sollen, ist mit einem Ja zu beantworten. Den richtigen Takt dabei zu finden, muß ernste Sorge eines jeden sein, der von der Notwendigkeit unserer Bewegung überzeugt ist."

Genau dasselbe Bekenntnis hat auch der den Gegnern gründlich verhaßte Führer der AFA, Aufhäuser, auf einem Gautag des Butab in Barmen abgelegt, wo er wörtlich ausführte: „Von unsern Mitgliedern freilich müssen wir erwarten, daß sie sich neben der gewerkschaftlichen Organisation auch als Staatsbürger politisch betätigen und versuchen, innerhalb ihrer Parteien den gewerkschaftlichen Forderungen Geltung zu verschaffen. Es ist die Aufgabe jedes Kollegen, seine gewerkschaftliche Überzeugung mit seiner parteipolitischen Betätigung in Einklang zu bringen. Aber gerade deshalb, weil wir immer den Beweis unserer politischen Neutralität erbringen, bedauern wir außerordentlich die Spaltung unseres Berufsstandes durch Leute, die alles andere sind als Werkmeister. Hier nur einige Beispiele, was die sogen. Standesorganisation des Werkmeister-Bundes alles als Mitglieder aufnimmt. In einer Ortsgruppe, die 12 Mitglieder zählt, ist der Vorsitzende Obermeister, alle anderen sind Portiers und Vorarbeiter. Eine andere weist als Mitglieder sämtliche Lokomotiv- und Baggerführer auf, denen wir laut unserer

Satzung die Aufnahme verweigerten. Sehr wenig Ähnlichkeit mit dem Beruf eines Werkmeisters haben die vier Mitglieder, die ebenfalls eine Ortsgruppe bilden, von denen zwei Nachtwächter, einer Portier und einer ein abgebauter Werkmeister sind. Wieder eine vier Mann starke Ortsgruppe weist neben zwei Mitgliedern, die keine Leute unter sich haben, sogar einen Ochsenknecht als Mitglied auf. Dieser Standesorganisation kommt es ferner auch nicht darauf an, die Aufseher einer Heil- und Pflegeanstalt als Mitglieder aufzunehmen und sie in einer Ortsgruppe zusammenzuschließen. Die Liste kann noch um ein hübsches Stück ergänzt werden. Jedenfalls aber geht schon aus den wenigen Beispielen hervor, daß eine derartige Berufsorganisation nie in der Lage ist, die Interessen der Werkmeister, die doch von denen eines Ochsenknechtes oder Nachtwächters wesentlich abweichen, zu vertreten und es wird ihr nie gelingen, auch nur den geringsten selbständig erzielten Erfolg bei Tarif- und sonstigen Verhandlungen nachzuweisen.

Aber gerade das, was angeblich die Organisationszersplitterer zur Gründung ihres Verbändchens veranlaßte, nämlich die angebliche Verletzung der parteipolitischen Neutralität, treibt in ihren Reihen die schönsten Blüten. Es wird den Gegnern nie gelingen, dem DWB nachzuweisen, daß er aus Anlaß der Wahlen für irgendeine Partei Propaganda machte, während es uns ein leichtes ist, nachzuweisen, daß der DWB mit dem DHV, Stahlhelm und Wehrwolf, die im direkten Gegensatz zum Zentrum und der katholischen Geistlichkeit stehen, in Hamburg, Halle a. d. S. usw. Wahlaufrufe zugunsten nationaler Kandidaten unterschrieb.

Nun ein Wort zur religiösen Neutralität unseres Verbandes. Auch hier sind wir sowohl durch die Verbandssatzungen, als auch durch die Satzungen unserer Spitzenorganisation festgelegt, und es ist bezeichnend, mit welcher Einmütigkeit sich auch die Abgeordneten aus streng katholischen Gegenden auf dem Abg.-Tag 1924 in Würzburg auf dem Standpunkt des Weiterverbleibens in der AFA stellten, nachdem sie sich durch die Ausführungen Aufhäusers überzeugt hatten, wie heilig ernst es der Leitung

der Spitzenorganisation mit der Einhaltung der parteipolitischen und religiösen Neutralität ist. Sowohl die AFA, als auch der DWB lehnen es ab, religiöse Dinge, die dem einzelnen Herzenssache sind, in den wirtschaftlichen Tageskampf herein zu ziehen und die Gewerkschaftsbewegung mit derartigen Fragen zu belasten. Jahrzehntelang arbeiteten Katholiken, Protestanten, Freidenker usw. ohne jede Erörterung religiöser oder kirchlicher Fragen an der Hebung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage im besten Einvernehmen miteinander. Da platzt der Erlaß der Fuldaer Bischofskonferenz herein, der unter Androhung von kirchlichen Strafen den Gläubigen gebietet, aus den freien Gewerkschaften auszutreten, unbeschadet der Rechte, die sie sich dort in langjähriger Mitgliedschaft erworben haben, die sie nun infolge ihres Austrittes verlieren. Bedenken wir, welche Gefühle es bei Andersgläubigen auslöst, wenn plötzlich ohne jede Veranlassung ein aufrichtiger Kollege auf Grund dieses Erlasses jede Verbindung mit ihm abbricht.

Nun ist man unsererseits hauptsächlich in streng katholischen Gegenden dazu übergegangen, die Geistlichkeit zu den Vereinsversammlungen einzuladen, und sie von der religiösen und parteipolitischen Neutralität zu überzeugen, was auch überall gelungen ist. Eine uns angeschlossene freie Gewerkschaft ging sogar soweit, sich mit dem bischöflichen Generalvikar der Diözese Münster über die religiöse Neutralität der freien Gewerkschaften zu unterhalten und am Schlusse erklärte derselbe wörtlich, er müsse gestehen, daß die Kommission es verstanden habe, ihm alle Bedenken, die er bisher gegen die Gewerkschaft gefaßt habe, zu nehmen. Er könne daher die Erklärung abgeben, daß die Gewerkschaft nicht als freigewerkschaftliche Organisation im Sinne des Erlasses der Fuldaer Bischofskonferenz anzusehen sei. Auf die Bitte eines Kommissionsmitgliedes erklärte sich der Generalvikar bereit, den Klerus der Diözese im Sinne des Verhandlungsergebnisses anzuweisen. Aber auch ein anderer, der es wissen muß, nämlich der Ueberläufer Kubach, erklärte bezüglich der religiösen Neutralität am 29. März 1922 folgendes: Gute Katholiken und gute Protestanten

können neben Sektirier und Freireligiösen nach wie vor im DWB ihre gewerkschaftliche Tätigkeit entfalten. Der DWB duldet es nicht, daß die heilig ernste Frage der Religion in den Wirtschaftskampf hineingezerrt wird. Für die Essener Sendlinge paßt das Wort des Alten Fritz: Wer die Religion hat immer im Mund, der hat sie weniger im Herzensgrund. Das, Kollegen, sagt den Zersplitterern vom Essener Bunde.

In dem Sinn wie sich Kubach hier aussprach, hat auch der Abg.-Tag erneut wieder die Richtlinien geschaffen, nach denen wir in Zukunft unsere Tätigkeit sowohl im Verband, als auch in der AFA einstellen. Er hat uns den Weg gezeigt, den wir in politischen und religiösen sowie in wirtschaftlichen und sozialen Fragen gehen müssen, und den wir gehen werden trotz aller Lügen und Verleumdungen unserer Gegner. Anscheinend ziehen auch die Mätzchen über die Neutralitätsverletzung bei den Zuhörern nicht mehr, weil die Essener Sendlinge dazu übergehen, sich mit der Person unseres Kollegen Leonhard zu befassen und hier Behauptungen aufstellen, die nicht unwidersprochen gelassen werden können. So behaupten sie, Kollege L. sei vom Hauptvorstand entlassen bzw. pensioniert worden, er habe ein Schweigegeld bis 1928 erhalten und er habe ferner versucht, den DWB vom Boden der freien Gewerkschaftsbewegung abzuziehen. Soviel Worte, soviel Unwahrheiten. Denn jedes unserer Mitglieder weiß, daß nicht der Hauptvorstand die Verbandsvorsitzenden wählt, sondern der jeweilige Abgeordnetetag, und daß demzufolge der Verbandsvorstand auch nicht in der Lage ist, den Vorsitzenden zu entlassen bzw. zu pensionieren. Daß aber Kollege L. infolge seiner Krankheit selbst um seine Pensionierung einkam, geht aus einem Schreiben hervor, das an ein prominentes Vorstandsmitglied gerichtet war und im Auszug folgenden Wortlaut hat: „Ich sehe ein, daß es für mich das Beste ist, wenn ich allen Aufregungen fernbleibe. Mein Arzt sagte in der vergangenen Woche, nachdem ich mal wieder so einen kleinen Anfall hatte, für jeden, der in meiner Haut stecke, würde er die Pensionierung beantragen, selbst wenn es ein Oberregierungsrat mit vier Stunden Dienst sei.

Noch deutlicher geht aber der freiwillige Rücktritt des Kollegen L. aus der Vereinbarung, die zwischen ihm und der Hauptverwaltung getroffen wurden aus Anlaß seiner Pensionierung und die von beiden Teilen unterschrieben wurde, hervor. Dort heißt es wörtlich: Danach stellt Kollege L. den Verband über seine Person und hat, da sein Gesundheitszustand noch nicht wieder hergestellt ist, selbst den Antrag auf seine Pensionierung gestellt usw. Genau so verhält es sich mit der Bezahlung eines Schweigegeldes an Kollegen L. Wir im DWV wissen wirklich nicht, was wir unseren Mitgliedern oder der öffentlichen Meinung gegenüber zu verschweigen hätten. Wir sind satzungsgemäß verpflichtet, alle zwei Jahre dem Abgeordnetentag als höchste Instanz Rechenschaft abzulegen und dort würde über eventuelle Fehler des Hauptvorstandes vor aller Öffentlichkeit Gericht gehalten werden. Was der Hauptvorstand gemacht hat, war nichts anderes als das, was auch einsichtsvolle Unternehmer verdienten Angestellten gegenüber machen, nämlich, wir haben dem Kollegen Leonhard das ihm laut Beschluß des Abgeordnetentages von Erfurt zustehende Gehalt bis zum Ablauf seiner Dienstzeit im April 1926 zugestanden. Geradezu als eine Beleidigung des Kollegen L. fassen wir es auf, daß man ihm vorwirft, versucht zu haben, den Verband vom Boden der freien Gewerkschaften abzubringen. War es doch gerade L., unter dessen Führung, als damaliger Abgeordneter, sich der Abgeordnetetag 1918 zur freien Gewerkschaft bekannte und der noch 1924 in Würzburg erklärte, ich denke nicht daran, die freigewerkschaftlichen Grundsätze zu verleugnen. Ich bekenne mich als Verfechter dieser Sache; ich habe schon 1917 darauf hingewiesen, daß der Verband eine rein gewerkschaftliche Tätigkeit ausüben müsse und ich habe im Frühjahr 1918 auf dem Verbandstag darauf hingewiesen, daß sich der Verband umzustellen habe.

Ein großer Fehler ist den Sendlingen des EWV bei der Verbreitung dieses Gerüchtes allerdings unterlaufen, nämlich der, daß sie die Intelligenz der Mitglieder des DWV mit der der ihrigen auf eine Stufe stellen. Das dürfen sie sich aber gesagt sein lassen, daß wir uns unter

keinen Umständen von den als richtig erkannten Zielen der freien Gewerkschaften abbringen lassen; weder vom Hauptvorstand noch von einem Vorsitzenden, selbst wenn er mit Engelszungen reden würde. Wir bedauern die Kampfesweise unserer Gegner außerordentlich und verlangen von unseren Mitgliedern, daß sie den Lügen bei jeder Gelegenheit energisch entgegentreten, daß sie aber auch die Wankelmütigen aufklären und ihnen sagen, daß den Machtwillen des vereinigten Unternehmertums nur eine gewerkschaftlich gut geschulte und eng zusammengeschlossene Arbeitnehmerschaft brechen kann. Deshalb darf es keinen unorganisierten oder falsch organisierten Werkmeister mehr geben; jeder muß mitarbeiten in den Reihen des DWV nach dem Wahlspruch desselben:

Einer für alle, alle für einen!

Ende